

1.

Vereinbarung

HA XX Ministerium für Staatssicherheit DDR
und
Departement III des MDI VR Polen

10.06.1983 (Entwurf)

BStU, MfS, HA XX/AKG, 5901

2.

Befehl 18/81

Ministerium für Staatssicherheit DDR
mit Anschreiben Mielke
(Anlass Verhängung des Kriegsrechts in Polen)

BStU, MfS, ZKG 1785

BStU, MfS, ZKG 1783

3.

Beratungsprotokoll vom 19.02.1965

Ministerium für Staatssicherheit DDR
und
Ministerium für innere Angelegenheiten VR Polen
(in polnischer und deutscher Sprache)

BStU, MfS, Abt. X, 105

Beratungsprotokoll vom 19.02.1965

Ministerium für Staatssicherheit DDR
und

Ministerium für innere Angelegenheiten VR Polen
(in polnischer und deutscher Sprache)

BStU, MfS, Abt. X, 105

Warschau, den 19.2.1965

S t r e n g g e h e i m !

Ex. 1

000001

B e r a t u n g s p r o t o k o l l

Vom 15. - 19. Februar 1965 fanden in Warschau:

zwischen Delegationen des Ministeriums für Staats-
sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik
/ im weiteren Text als MfS bezeichnet / und des
Ministeriums für Innere Angelegenheiten der
Volksrepublik Polen / im weiteren Text als MSW
bezeichnet / Besprechungen statt.

An den Gesprächen nahmen teil:

Von Seiten des MfS:

Genosse Erich MIELKE
Minister

Genosse Bruno BEATER
1. Stellvertreter
des Ministers

Genosse Markus WOLF
Stellvertreter
des Ministers

Genosse Herbert HENTSCHKE
Leiter des
operativ-technischen
Sektors

Von Seiten des MSW:

Genosse Mieczyslaw MOCZAR
Minister

Genosse Tadeusz DRYSEK
Stellvertreter
des Ministers

Genosse Stanislaw FILIPIAK
Stellvertreter
des Ministers

Genosse Ryszard MATEJEWSKI
Generaldirektor

Genosse Henryk SOKOLAK
Direktor des
I. Departements

Genosse Mikolaj KRUPSKI
Direktor des
II. Departements

Genosse Stanislaw KONCZEWICZ
Direktor des
operativ-technischen
Büros

Im Ergebnis des durchgeführten Meinungsaustausches wurde die bisherige Zusammenarbeit zwischen beiden Ministerien positiv eingeschätzt.

Es wurde jedoch festgestellt, dass die bisher erzielten Ergebnisse vertieft und erweitert werden sollten, um die Tätigkeit der feindlichen Geheimdienste und anderen imperialistischen Zentren, die gegen die VR Polen, die DDR und andere Länder des sozialistischen Lagers raffinierte, verfeinerte Methoden anwenden und ihre Aktivität verstärkt haben, besser und erfolgreicher zu bekämpfen.

Dabei sollte besonders der Informationsaustausch auf dem Gebiete der Spionagebekämpfung verbessert werden.

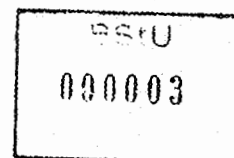
Es wurde festgestellt, dass für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit direkte Kontakte auf der Ebene der Minister, der stellvertretenden Minister, der Leiter der einzelnen Linien sowie von Spezialisten zur Besprechung bestimmter Probleme und dringender Angelegenheiten die günstigste Form bilden.

Ausserdem wurde festgelegt:

I. Auf dem Gebiet der Aufklärung

1. Zur Verhinderung einer Doppelarbeit verzichtet das MSW auf die Bearbeitung des Bundeskanzleramtes. Gleichzeitig wird das MfS das MSW über die Tätigkeit der westdeutschen Regierung gegen die sozialistischen Länder, insbesondere gegen die VR Polen, informieren.
2. Das MfS und das MSW betrachten das Zusammenwirken bei der operativen Bearbeitung des westdeutschen Außenministeriums und dessen Vertretungen in kapitalistischen und neutralen Ländern, besonders in solchen, in denen sich gleichzeitig polnische diplomatische Vertretungen befinden, als eine vorrangige Aufgabe.

Zu diesem Ziel werden das MfS und das MSW in bestimmten Zeitabständen Strukturpläne, Personalangaben und andere Materialien, die bei der Bearbeitung dieser Objekte von Bedeutung sind, gegenseitig austauschen.



Ausserdem werden sich das MfS und das MSW Materialien übergeben, die ein Eindringen in die deutschen Kolonien in anderen Ländern erleichtern.

3. Das MfS und das MSW erachten es als zweckmässig, ihre Bemühungen auf die Beschaffung von Informationen über die Pläne der westdeutschen politischen Parteien zu konzentrieren, deren Tätigkeit gegen das sozialistische Lager gerichtet ist, wobei die Verbindungen dieser Parteien in das Gebiet der VR Polen ausgenutzt werden sollten.

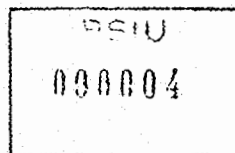
Besonders wichtig ist die Beschaffung von Plänen dieser Parteien bezüglich ihrer Spaltertätigkeit gegen das sozialistische Lager, sowie über ihre konkreten Massnahmen, die gegen die VR Polen und die DDR gerichtet sind.

4. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten wird das MfS dem MSW bei der Erarbeitung polnischer Emigrantenorganisationen und des Senders "Freies Europa" sowie anderer revanchistischer Organisationen Unterstützung geben.

Insbesondere werden Materialien über die Struktur und die Pläne dieser Organisationen übergeben sowie Materialien über Personen, besonders über ihre Tätigkeit während der Zeit des Faschismus und andere Materialien, die für die operative und politische Arbeit gegen diese Organisationen von Bedeutung sein könnten.

5. Das MSW ist daran interessiert Materialien über die Struktur und das Personal des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzamtes und des Militärischen Abschirmdienstes zu erhalten.

Ausserdem ist das MSW an allen Informationen über die Tätigkeit dieser Organe gegen die VR Polen, unter anderem auch gegen die polnischen Auslandsvertretungen interessiert.



Gleichzeitig ist die polnische Seite daran interessiert, Informationen über das Pass- und Meldesystem im Gebiet von Westdeutschland zu erhalten.

Auf Anfrage des MfS wird die polnische Seite Angaben über die operative Situation in anderen kapitalistischen Staaten zur Verfügung stellen.

6. Das MfS und das MSW werden wissenschaftlich-technische Informationen, die im kapitalistischen Ausland erlangt wurden, gegenseitig austauschen.

Jede Seite wird in bestimmten Abständen der anderen Seite Aufträge zur Durchführung übergeben, wobei die auftraggebende Seite die Kosten zurückerstattet, die bei der Durchführung des Auftrages entstanden sind. Die Methoden der Beschaffung der Informationen, sowie die daran beteiligt gewesenen Personen werden der auftraggebenden Seite nicht bekannt gegeben. Bei der Auswertung des Materials muss die Konspiration der Quelle solcher Informationen garantiert sein.

II. Auf dem Gebiet der Abwehr

7. a/ Im Verlaufe der Beratungen hat die deutsche Seite der polnischen Seite Material über die Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes übergeben, insbesondere über

- Mittel und Methoden des Tippens, der Bearbeitung und der Werbung von Agenten
- Formen und Verbindungsmittel mit der Agentur

Die polnische Seite wird der deutschen Seite in kürzester Frist Materialien zu den gleichen Themen übergeben.

- b/ Nach Austausch dieser Materialien findet eine Zusammenkunft der Leiter der entsprechenden Dienstseinheiten des MfS und des MSW zur Führung eines Erfahrungsaustausches über die Bekämpfung des Gegners sowie zur Koordinierung von Gegenmassnahmen statt.

8. Im Verlaufe der Beratungen hat die deutsche Seite der polnischen Seite gleichfalls Materialien über die Tätigkeit des amerikanischen Geheimdienstes übergeben und zwar über die Formen und Methoden des Tippens und der Werbung von Agenten sowie der Verbindungsmittel.

Analoge Materialien wird die polnische Seite der deutschen Seite möglichst kurzfristig übergeben .

Ausserdem erfolgt ein gegenseitiger Informationsaustausch über Schulungszentren von Diversionsgruppen in Westdeutschland.

Nach Austausch dieser Materialien findet eine Zusammenkunft der Leiter der entsprechenden Dienst-einheiten des MfS und des MSW zur Führung eines Erfahrungsaustausches über die Bekämpfung des Gegners sowie zur Koordinierung von Gegenmassnahmen statt.

9. Beide Seiten halten die Durchführung eines ständigen Austausches von Informationen, wie sie oben näher bezeichnet sind, für erforderlich und zwar einmal jährlich und nicht später als im ersten Quartal des nächsten Jahres.

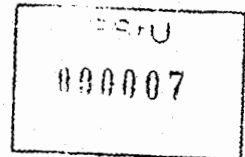
Der Informationsaustausch umfasst den westdeutschen und den amerikanischen Geheimdienst. Auf Wunsch einer der Seiten kann dieser Austausch auch andere Geheimdienste umfassen /z.B. den englischen und französischen Geheimdienst /.

10. Im Zusammenhang mit der von amerikanischen, westberliner und westdeutschen Stellen durchgeführten Aktion der Abwerbung von Studenten aus Entwicklungsländern zur Unterbrechung ihres Studiums in der VR Polen und ihrer Weiterleitung nach Westdeutschland oder Westberlin, werden beide Seiten - in Anbetracht der Schädlichkeit dieser Aktion - im ersten Quartal 1965 Informationen zu diesem Thema austauschen.

In den Informationen werden u.a. berücksichtigt:

- Angaben über Organisationen, die zu feindlichen Zielen auf die entsprechenden Kreise der in den volksdemokratischen Ländern weilenden Studenten Einfluss nehmen;
- Angaben über Studenten-Ferienkurse, die in kapitalistischen Ländern organisiert werden und eine anti-kommunistische Schulung der Teilnehmer zum Ziele haben.

11. Das MfS wird das MSW wie bisher über eine eventuelle faschistische Vergangenheit von Personen informieren, denen Transitvisa zur Durchfahrt in die VR Polen erteilt werden.
12. Das MfS und das MSW werden gegenseitig Informationen über die Mittel und Methoden feindlicher Geheimdienste zur Ausnutzung des Eisenbahntransportes, der Binnen- und Hochseeschifffahrt für ihre feindliche Tätigkeit, unter besonderer Berücksichtigung des westdeutschen und des amerikanischen Geheimdienstes, austauschen. Beide Seiten werden sich gegenseitig Namen und Adressen von Personen zur Verfügung stellen, die von Agenten feindlicher Geheimdienste in Häfen und Transportinstitutionen ausgenutzt werden.
Im Falle des Vorliegens beiderseits interessierender Materialien werden gemeinsame operative Massnahmen festgelegt.
13. Das MfS und das MSW werden einen Informationsaustausch über Personen durchführen, die unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs /Transitverkehr / eine nachrichtendienstliche Tätigkeit durchführen.
Vertreter der zuständigen Dienstseinheiten beider Seiten werden zur Durchführung eines Meinungsaustausches und Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Erarbeitung eines Systems der Mechanisierung, des Karteiwesens und der Analyse des grenzüberschreitenden Verkehrs zusammen-treffen.



14. Beide Seiten werden einen Informationsaustausch mit dem Ziel der Durchführung von Gegenmassnahmen zur Verhinderung der Flucht von Personen über das Gebiet einer der beiden Seiten vornehmen. In begründeten Fällen werden auf Wunsch einer der beiden Seiten gemeinsame operative Massnahmen durchgeführt.

Revanchistische Zentren in Westdeutschland

15. Das MfS und das MSW werden gegenseitig Materialien über die gegen die VR Polen gerichtete Tätigkeit westdeutscher Organisationen austauschen, und zwar über:
- Ostinstitute, insbesondere über eventuelle Verbindungen dieser Institute mit Geheimdiensten
 - Landsmannschaften, u.a. zur Klärung ob diese Organisationen neben einer politischen Propagandatätigkeit Verbindungen zur illegalen Gruppen in der VR Polen und der DDR unterhalten;
 - "AKON" / Aktionsgruppe Oder-Neisse / zur Verhinderung von Sabotage und des Einflusses dieser Organisation auf die ortsabstammige Bevölkerung, wie es aus den programmatischen Grundsätzen dieser Organisation hervorgeht.

III. Feindliche Tätigkeit des Klerus

16. Beide Seiten erachten es für zweckmässig einen Informationsaustausch über die Feindtätigkeit der Glieder und Personen der katholischen Kirche durchzuführen, die von westeuropäischen Zentren aus gegen die DDR und die VR Polen gerichtet ist.
17. Die polnische Seite ist interessiert, Informationen über die Tätigkeit katholischer Zentren in Westdeutschland, insbesondere in Taunus und München, zu erhalten. Ihrerseits wird sie gleichfalls das auf diesem Gebiet vorliegende Material übergeben.

18. Beide Seiten erachten es als zweckmässig einen Informationsaustausch über die Tätigkeit der Zentren der Sekte der " Zeugen Jehovas " in Hamburg und Westberlin durchzuführen.

Die polnische Seite wird die vorliegenden Angaben über Personen und Adressen der Anlaufstellen dieser Zentren übergeben.

Gleichzeitig erfolgt ein Informationsaustausch über die Tätigkeit des Ökumenischen Rates der Evangelischen Kirche.

19. Es erfolgt ein Informationsaustausch über die Kontakte der katholischen Laien der VR Polen und der DDR.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wird eine Zusammenkunft zwischen den Leitern der zuständigen Dienstseinheiten zur Festlegung weiterer gemeinsamer Massnahmen stattfinden bezüglich der in den Punkten 16 - 19 dieses Protokolls besprochenen Probleme.

IV. Gemeinsame Auswertung von Materialien über faschistische Verbrecher

20. Das MfS und das MSW werden sich gegenseitig laufend bei der Vervollständigung und Auswertung des vorhandenen Archivmaterials unterstützen und sich gegenseitig über die Pläne zur Veröffentlichung dieser Materialien informieren, falls diese das Interesse einer der beiden Seiten berühren sollte.

Die polnische Seite wird das vorhandene Material vollständig zur Verfügung stellen.

V. Gegenseitige Übergabe von festgenommenen Personen

21. Nach Erörterung der gegenwärtigen Situation, sind beide Seiten zu der Schlussfolgerung gekommen, dass es notwendig ist, den bisherigen Verlauf der gegenseitigen Benachrichtigung über die wegen Staatsverbrechen festgenommenen Personen, ihrer Übergabe / Auslieferung / mit Beweismaterial und Effekten zu verbessern.

Beide Seiten machen es zur Regel, dass die die festgenommene Person übernehmende Seite 7 Tage vor dem geplanten Datum der Übergabe benachrichtigt wird, um eine Durchführung der notwendigen Überprüfungen zu ermöglichen.

Es wurde festgelegt, dass im II. Quartal des Jahres 1965 eine Zusammenkunft entsprechender Delegationen beider Seiten stattfindet, um eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

VI. Operative Technik

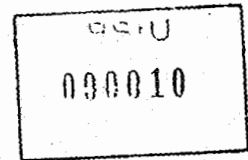
22. Die Vertreter der Delegation der DDR haben sich mit der Organisation der Arbeit, den technischen Geräten und den Grundsätzen der Entwicklung auf dem Gebiet der operativen Technik bekanntgemacht.

Der Vergleich der Möglichkeiten und Anforderungen zeigt die Zweckmässigkeit der Festlegung der Themen zur Lösung konstruktiver und technischer Probleme bei denen eine Spezialisierung durch eine der beiden Seiten erfolgt unter Zurverfügungstellung von technischen Daten der Geräte an die andere Seite.

Es wurde gleichzeitig als zweckmässig erachtet, Themen festzulegen, bei denen eine Zusammenarbeit durch beide Seiten erfolgen könnte. Dies betrifft sowohl das Gebiet der Technik als auch das Gebiet des Materials, um eine Beschleunigung bei der Erarbeitung sowie der Anfertigung von Geräten mit höherer Qualität zu erreichen.

Zu diesem Ziel werden im I. Quartal des Jahres 1965 die Vertreter des Zweiges der operativen Technik des MSW mit den vorhandenen Geräten sowie dem Entwicklungsplan der operativen Technik des MfS bekanntgemacht.

Beide Seiten werden sich gegenseitig Unterstützung bei der kurzfristigen Beschaffung von Bauelementen und Geräten für die operative Technik, insbesondere aus dem kapitalistischen Ausland geben.



VII. Austausch von Lehrfilmen

23. Beide Seiten erachten es für zweckmässig gegenseitig Filme zu Schulungszwecken auszutauschen.

VIII. Organisatorische Fragen

24. Auf Grund der sich entwickelnden Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien ist der Umfang des Austausches von Korrespondenz, Telegrammen, Informationen und Materialien bedeutend zugewachsen und zeigt eine steigende Tendenz.

Zur Entlastung der Leitungen beider Ministerien wurde festgelegt, dass ab 1.3.1965 der Korrespondenzaustausch auf der Ebene der Minister nur in grundsätzlichen Fragen durchgeführt wird, zum Beispiel bei Entsendung von Delegationen, Bevollmächtigungen zur Führung von Gesprächen, Entscheidungen bei Festnahmen von Bürgern der anderen Seite, Übersendung von wichtigeren Informationen.

In den übrigen Angelegenheiten wird die Korrespondenz wie bisher durch Vermittlung der Berliner Gruppe des MSW oder das Kabinett des Ministers des Innern einerseits und der entsprechenden Abteilung des MfS abgewickelt.

Das Protokoll wurde am 19. Februar 1965 in Warschau in 4 Exemplaren des gleichen Inhalts, davon je 2 Exemplare in deutscher und in polnischer Sprache, angefertigt.

Minister für Staatssicherheit

Erich Mielke

Minister des Innern

H. Lohmann

Warszawa, dnia 19 lutego 1965 r.

Tajne spec. znaczenia

Egz. nr. 2...

PROTOKÓŁ Z ROZMÓW

000011

W dniach 15-19 lutego 1965 r. w Warszawie - odbyły się rozmowy między delegacją Ministerstwa Spraw Wewnętrznych PRL /zwanym dalej MSW/ i Ministerstwem Bezpieczeństwa Państwowego Niemieckiej Republiki Demokratycznej /zwanym dalej MfS/.

W rozmowach udział wzięli:

Ze strony MSW

Towarzysz Mieczysław Moczar
Minister

Towarzysz Tadeusz Dryzek
Wiceminister

Towarzysz Stanisław Filipiak
Wiceminister

Towarzysz Ryszard Matejewski
Dyrektor Generalny

Towarzysz Henryk Sekolak
Dyrektor Departamentu I

Towarzysz Mikołaj Krupski
Dyrektor Departamentu II

Towarzysz Stanisław Kończewicz
Dyrektor Biura Techniki Opera-
cyjnej

Ze strony MfS

Towarzysz Erich Mielke
Minister

Towarzysz Bruno Beater
I-szy Zastępca Ministra

Towarzysz Markus Wolf
Zastępca Ministra

Towarzysz Herbert Hentschke
Kierownik Sektora Techniki
Operacyjnej

W rezultacie dokonanej wymiany poglądów wyniki dotychczasowej współpracy między obu Ministerstwami, oceniono pozytywnie.

Uznano jednak, że osiągnięte wyniki należy pogłębić i rozszerzyć aby sprawniej i skuteczniej zwalczać działalność wywiadów i innych ośrodków imperialistycznych, działających bardziej ofensywnie i stosujących coraz bardziej wyrafinowane i udoskonalone metody walki skierowanej przeciwko PRL, NRD i innym krajom obozu socjalistycznego. Szczególnie należy usprawnić wymianę informacji o doświadczeniach zwalczania agentury wywiadowczej.

Uznano, iż formą sprzyjającą dalszemu rozwojowi współpracy winny być bezpośrednie spotkania na szczeblu Ministrów, Wiceministrów, Dyrektorów i specjalistów, w celu omówienia określonych problemów bądź też doraźnych spraw.

Ponadto ustalono:

I. Po linii wywiadu

1. Celem uniknięcia dublowania pracy, MSW rezygnuje z operacyjnego opracowywania Urzędu Kanclerza. Jednocześnie MfS będzie informowało MSW odnośnie działalności rządu NRF przeciwko krajom socjalistycznym, a w szczególności skierowanej przeciwko PRL.

2. MSW i MfS uważają za jedno z pierwszoplanowych zadań wspólne rozpracowywanie zachodnio-niemieckiego Ministerstwa Spraw Zagranicznych i jego przedstawicielstw w krajach kapitalistycznych i neutralnych, szczególnie w tych, gdzie jednocześnie istnieją polskie przedstawicielstwa dyplomatyczne.

W tym celu MSW i MfS będą okresowo przekazywać sobie plany strukturalne, dane personalne i inne materiały mające znaczenie przy rozpracowywaniu tych obiektów.

MfS i MSW będą sobie przekazywać materiały mogące ułatwić dotarcie do niemieckich kolonii w innych krajach.

3. MSW i MfS uważają za celowe skoncentrowanie wysiłków dla wspólnego zdobywania informacji o planach zachodnio-niemieckich partii politycznych, prowadzących działalność przeciwko obozowi socjalistycznemu, przy czym należy wykorzystywać powiązania tych partii z terenem PRL.

Szczególnie ważnym jest zdobywanie informacji o planach tych partii prowadzenia działalności rozłamowej w obozie socjalistycznym, jak również o konkretnych ich poczynaniach skierowanych przeciwko PRL i NRD.

4. MfS w miarę posiadanych możliwości udzielać będzie MSW pomocy przy rozpracowywaniu polskich organizacji emigracyjnych i rozgłośni "Wolna Europa" oraz innych organizacji rewizjonistycznych.

W szczególności przekazać posiadane materiały odnośnie struktury i planów tych organizacji oraz materiały odnośnie osób zwłaszcza z punktu widzenia ich działalności w okresie faszystowskim i inne materiały, które mogą mieć znaczenie dla operacyjnej i politycznej pracy przeciw tym organizacjom.

5. MSW jest zainteresowane w otrzymywaniu materiałów o strukturze i obsadzie personalnej Federalnej Służby Wywiadowczej, Urzędu Ochrony Konstytucji i MAD. Ponadto MSW jest zainteresowane we wszystkich informacjach dotyczących pracy tych aparatów przeciwko PRL, w tym również przeciwko polskim placówkom zagranicznym. Strona polska również jest zainteresowana w otrzymywaniu informacji o systemie meldunkowym i dowodach osobistych w NRF.

Na zapytanie MfS strona polska będzie udostępniała dane dotyczące sytuacji operacyjnej w innych krajach kapitalistycznych.

6. MSW i MfS będą dokonywać wymiany informacji naukowo-technicznych zdobywanych w krajach kapitalistycznych.

Każda ze stron będzie okresowo przedstawiała drugiej stronie zlecenia do wykonania, przy czym strona zlecająca zwraca koszty poniesione przy wykonaniu jej zlecenia. Sposób zdobycia informacji i osoby przy tym zaangażowane nie będą ujawniane stronie zlecającej. Sposób ujawniania materiałów winien gwarantować konspirację źródła pochodzenia informacji.

II. Po linii kontrwywiadu

7. a/ W czasie rozmów strona niemiecka przekazała stronie polskiej materiały o działalności Federalnej Służby Wywiadowczej, szczególnie w zakresie:

- sposobów i metod typowania, opracowywania i werbunku agentury;
- form i sposobów łączności z agenturą.

Strona polska w najkrótszym czasie przekaże stronie niemieckiej materiały dotyczące tych samych tematów.

b/ Po przekazaniu tych materiałów - w celu wymiany doświadczeń w zwalczaniu przeciwnika oraz koordynacji przeciwdziałania - nastąpi spotkanie kierowników zainteresowanych jednostek MSW i MfS.

8. Strona niemiecka w czasie rozmów przekazała stronie polskiej również materiały o działalności wywiadu amerykańskiego w zakresie form i metod typowania i werbunku oraz łączności z agenturą. Analogiczne materiały strona polska przekaże stronie niemieckiej w możliwie najkrótszym terminie.

Dokona się poza tym wymiany informacji o ośrodkach szkolenia grup dywersyjnych na terenie NRF.

Po wymianie informacji nastąpi spotkanie kierowników zainteresowanych jednostek MSW i MfS, celem omówienia doświadczeń w zakresie zwalczania działalności przeciwnika oraz koordynacji przeciwdziałania.

9. Obie strony uznały za konieczne przyjęcie zasady stałej wymiany informacji typu opisanego wyżej, raz do roku i nie później jak w I kwartale roku następnego.

Wymiana obejmie informacje o wywiadach: zachodnio-niemieckim i amerykańskim. Na życzenie jednej ze stron, może nastąpić wymiana informacji również o innych wywiadach /np. angielskim lub francuskim/.

10. W związku z prowadzoną przez instytucje amerykańskie, zachodnio-berlińskie i zachodnio-niemieckie akcją kapero-
wania studentów z krajów rozwijających się do przerwania nauki w Polsce i kierowania ich do NRF lub Berlina Zachodniego - obie strony, doceniając szkodliwość tego zjawiska - dokonają w I kwartale 1965 r. wymiany informacji na ten temat.

W informacji zostaną uwzględnione między innymi:

- dane dotyczące organizacji, które w celach wrogich penetrują środowisko studentów przebywających w KDL;

dane o kursach wakacyjnych dla tych studentów organizowanych w krajach kapitalistycznych i mających na celu szkolenie antykomunistyczne uczestników.

11. Podobnie jak dotychczas, MfS będzie informowało MSW o ewentualnej hitlerowskiej przeszłości osób, którym wydaje wize tranzytowe przy ich przejazdach przez Polskę.
12. MSW i MfS dokonywać będą wymiany informacji o sposobach i metodach wykorzystywania transportu kolejowego, śródlądowego i morskiego do prowadzenia wrogiej działalności przez wywiady obce, ze szczególnym uwzględnieniem działalności wywiadu NRF i USA. Obie strony będą sobie udostępniały nazwiska i adresy osób wykorzystywanych przez agentów wywiadu w portach i instytucjach zajmujących się transportem.

W przypadku posiadania zbieżnych materiałów podejmowane będą wspólne przedsięwzięcia operacyjne.

13. MSW i MfS dokonywać będą wymiany informacji o osobach podejrzanych o działalność wywiadowczą występujących w ruchu turystycznym i podróжным /przejazdy tranzytowe/. Przedstawiciele odpowiednich jednostek obu stron spotkają się celem wymiany poglądów i doświadczeń w zakresie opracowania systemu mechanizacji, ewidencji i analizy ruchu podróжных.
14. Obie strony będą dokonywały wymiany informacji mających na celu przeciwdziałanie ucieczkom osób za granicę przez terytorium którejkolwiek ze stron.
W uzasadnionych przypadkach na życzenie jednej ze stron będzie się realizowało wspólne przedsięwzięcia.

Ośrodki rewizjonistyczne w NRF

15. MSW i MfS dokonywać będą wymiany materiałów o działalności organizacji zachodnio-niemieckich skierowanej przeciwko PRL, a mianowicie o:

000016

- Instytutach do badania Wschodu, w szczególności o ewentualnych powiązaniach tych Instytutów z ośrodkami wywiadowczymi;
- Ziomkostwach, m.in. w celu wyjaśnienia czy obok działalności propagandowo-politycznej pozostają one w kontakcie z nielegalnymi związkami w PRL i NRD;
- "AKON" /Aktionsgruppe Oder-Neisse/ w celu zapobieżenia stosowania przez tą organizację sabotażu i oddziaływania na ludność miejscowego pochodzenia, co wynika z założeń programowych tej organizacji.

III. Wroga działalność kleru

16. Obie strony uznały za celowe dokonywanie wymiany informacji o wrogiej działalności ogniw i osób kościoła katolickiego, prowadzonej przeciwko PRL i NRD z ośrodków Europy Zachodniej.
17. Strona polska zainteresowana jest w otrzymaniu informacji o działalności katolickich ośrodków w NRD w szczególności w Taunus i Monachium. Ze swej strony przekaże posiadane w tym zakresie materiały.
18. Obie strony uznały za celowe wymianę informacji dotyczących działalności ośrodków sekty "Świadkowie Jehowy" w Hamburgu i Berlinie Zachodnim. Strona polska przekaże posiadane nazwiska osób i adresy punktów tych ośrodków. Wymienione zostaną ponadto informacje o działalności Rady Ekumenicznej /kościół ewangelickiego/.
19. Będzie się dokonywało wymiany informacji dotyczących kontaktów świeckich działaczy katolickich PRL i NRD.
W połowie br. nastąpi spotkanie kierowników zainteresowanych jednostek dla omówienia dalszych wspólnych przedsięwzięć w zakresie spraw przewidzianych w punktach 16-19 niniejszego protokołu.

IV. Wspólne wykorzystanie materiałów dotyczących zbrodniarzy hitlerowskich.

20. MSW i MfS będą na bieżąco udzielały sobie pomocy w zakresie kompletowania i wykorzystywania posiadanych materiałów archiwalnych oraz będą się informowały co do planów publikowania materiałów w wypadku, jeśli miałyby to dotyczyć interesów którejś ze stron.
Strona polska udostępni w pełni materiały posiadane w tym zakresie.

V. Wzajemne przekazywanie sobie zatrzymanych osób

21. Obie strony doszły do wniosku, po przedyskutowaniu istniejącego stanu rzeczy, iż należy usprawnić dotychczasowy tryb informowania się wzajemnego o zatrzymanych przestępcach antypaństwowych, ich przekazywania /wydawania/ wraz z materiałami dowodowymi i depozytami.

Obie strony przyjmują przy tym zasadę, iż o zamiarze przekazania, strona przyjmująca będzie powiadamiana na 7 dni przed datą projektowanego przekazania przestępcy, aby umożliwić dokonanie niezbędnych sprawdzeń. Termin ten może być krótszy w przypadkach, które były przedmiotem wcześniejszej wymiany korespondencji.

Ustalono, że w II kwartale 1965 r. spotkają się odpowiednie delegacje obu stron, celem opracowania projektu, prawnego uregulowania tego zagadnienia.

VI. Techniki operacyjna

22. Przedstawiciele delegacji NRD zaznajomili się z organizacją pracy, sprzętem technicznym i założeniami rozwoju techniki operacyjnej w MSW. Konfrontacja możliwości i potrzeb wskazuje na celowość ustalenia tematów wymagających rozwiązań konstrukcyjnych i technicznych w których to poszczególne strony będą specjalizowały się, udostępniając dane techniczne sprzętu drugiej stronie. Uznano również za celowe określenie tematów w których obie strony mogłyby współdziałać tak pod względem technicznym jak

i materialnym, celem przyspieszenia opracowania i wprowadzania sprzętu lepszej jakości.

W tym celu w I kwartale 1965 r. przedstawiciele pionu techniki operacyjnej MSW zapoznają się z posiadanym sprzętem oraz planem rozwoju techniki operacyjnej MfS. Obie strony będą okazywać sobie wzajemną pomoc w doraźnym zakupie części składowych i urządzeń dla techniki operacyjnej, szczególnie z państw kapitalistycznych.

VII. Wymiana filmów

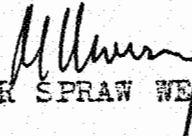
23. Obie strony uznały za celowe dokonywanie wymiany filmów wewnętrznych dla celów szkoleniowych.

VIII. Sprawy organizacyjne

24. W wyniku rozwijającej się współpracy między obu Ministerstwami, wzrosła znacznie i wykazuje stałą tendencję wzrostu wymiana korespondencji, depeesz, informacji i materiałów.

Ustalono, w celu odciążenia Kierownictwa obu Ministerstw, że poczynając od 1 marca 1965 r. wymiana tej korespondencji będzie się odbywała na szczeblu Ministrów jedynie w zasadniczych sprawach, jak np. dotyczących: - decyzji wysłania delegacji, pełnomocnictw do przeprowadzenia rozmów, decyzji w sprawie zatrzymania obywateli drugiej strony, przekazywania ważniejszych informacji. W pozostałych sprawach, jak dotychczas prowadzona będzie korespondencja za pośrednictwem grupy berlińskiej MSW lub Gabinetu Ministra MSW i odpowiedniego Wydziału MfS.

Protokół niniejszy sporządzony został w Warszawie w dniu 19 lutego 1965 roku w 4-ch jednobrzmiących egzemplarzach, przy czym 2 egzemplarze sporządzono w języku niemieckim i 2 w języku polskim.


MINISTER SPRAW WNEĘTRZNYCH

MINISTER BEZPIECZEŃSTWA
PAŃSTWOWEGO



Befehl 18/81

Ministerium für Staatssicherheit DDR

mit Anschreiben Mielke

(Anlass Verhängung des Kriegsrechts in Polen)

BStU, MfS, ZKG 1785

BStU, MfS, ZKG 1783

Berlin. 17. 12. 1981

439

Vertrauliche Verschlussache

VVS-0009

MfS-Nr. 79/31

35. Ausf. Bl. 1 bis 2

Dienstseinheiten
Leiter

Der Generalsekretär des ZK der SED, Gen. Erich Honecker, richtete am 17. 12. 1981 an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen ein Telegramm, in dem er zur gegenwärtigen Lage in der VR Polen Stellung nahm und auf Maßnahmen verwies, die unverzüglich seitens der Bezirksleitungen zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Genossen einzuleiten sind.

Zur Situation in der VR Polen:

- Militärrat und Sicherheitskräfte setzen die für den Ausnahmezustand festgelegten Maßnahmen energisch durch. In den meisten Wojewodschaften wird bisher die Situation beherrscht.
- Durch konzentrierten Einsatz der Sicherheitskräfte wurden Gegenmaßnahmen der Konterrevolution, besonders Streiks und Betriebsbesetzungen in den Industriezentren sowie andere feindliche Handlungen unterbunden. Dennoch gibt es in einer Reihe von Wojewodschaften weitere Streikaktionen, darunter in Großbetrieben und in Kohlengruben. In einigen Betrieben, in denen bereits Streikaktionen zerschlagen worden waren, wurden erneut Streiks ausgelöst.
- Gegenwärtig unternehmen die konterrevolutionären Kräfte verstärkte Bestrebungen, sich erneut zu organisieren, unterbrochene Verbindungen wiederherzustellen und weitere Voraussetzungen für einen landesweiten Widerstand zu schaffen.
- In einigen Gebieten - besonders in Gdansk und Katowice - kam es in den letzten Tagen zu Demonstrationen und anderen von feindlichen Kräften inszenierten schweren Widerstandshandlungen gegen die Maßnahmen des Militärrates und der Sicherheitskräfte. Dabei zeigte sich eine ständig wachsende Aggressivität konterrevolutionärer Elemente.
(Zur persönlichen Kenntnisnahme: Im Raum Katowice mußten Sicherheitskräfte zum Schutz ihres eigenen Lebens von der Schußwaffe Gebrauch machen. Das führte zu Todesopfern.)
- Es besteht die Gefahr einer weiteren Zuspitzung der Lage im Zusammenhang mit schon seit längerer Zeit geplanten Demonstrationen und anderen Aktivitäten anläßlich des "Jahrestages" der konterrevolutionären Ereignisse vom Dezember 1970.

Die Lage in der Staatssicherheit, der Miliz und der Armee wird als politisch stabil eingeschätzt. Es gibt, wie von polnischen Genossen eingeschätzt wird, ein diszipliniertes Handeln zur Durchsetzung der Weisungen.

- Die Parteiorganisationen der PVAP werden in vielen Fällen den Anforderungen noch nicht gerecht. Es ist noch keine spürbare Mobilisierung in der Partei festzustellen.

Auf Grund der entstandenen Lage werden zentral weitere Maßnahmen zur Unterstützung der polnischen Genossen durchgeführt.

Die Bezirksleitungen wurden durch den Generalsekretär angewiesen, folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Es ist zu prüfen, welche Unterstützung den polnischen Partnerbezirken gewährt werden kann, indem aus bezirklichen Fonds Überplanbestände, wie Kinderbekleidung, Kinderschuhwerk oder auch einige Lebensmittel, als Soforthilfe und Ausdruck des Beistandes in dieser schweren Situation zur Verfügung gestellt werden können. Der Transport ist mit Mitteln des Kraftverkehrs vorzubereiten und in die Partnerbezirke durchzuführen.
- In den Bezirken mit Staatsgrenze zur VR Polen sind die örtlichen Möglichkeiten zu überprüfen und zu nutzen, um die Versorgung in den grenznahen Städten, wie Siubice, Gubin usw., unmittelbar zu unterstützen (z. B. Milch für die Versorgung der Kinder o. ä.).
- Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um im Rahmen der Partnerschaftsbeziehungen die Anforderungen hinsichtlich des Drucks polnischer Materialien voll zu erfüllen.
- Die FDJ- und Pionierorganisationen an den Schulen werden aufgefordert, unverzüglich eine Aktion "Pioniere der DDR schicken Weihnachtspäckchen an die polnischen Kinder, die unter den Folgen der Konterrevolution leiden" einzuleiten. Entsprechende Instruktionen ergehen vom Zentralrat an die Bezirksleitungen der FDJ und vom Ministerium für Volksbildung an die Bezirksschulräte. (Zur finanziellen Sicherstellung der Hilfe für polnische Kinder durch Spenden der Bevölkerung der DDR wird durch das DRK der DDR und die Volkssolidarität ein Konto eingerichtet.) Die zentrale Erfassung und der Abtransport dieser Pakete in die VR Polen werden entsprechend den Anweisungen des Ministeriums für Verkehrswesen durch den Güterkraftverkehr erfolgen. Durch die Bezirksleitungen ist diese Aktion zu unterstützen und hat eine straffe Kontrolle der Organisation der Erfassung und des Abtransportes der gesammelten Pakete zu erfolgen.

Die Durchsetzung der angewiesenen Maßnahmen ist unter Nutzung der Möglichkeiten aller Dienstseinheiten maximal zu unterstützen. In konsequenter Realisierung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellung meines Befehls Nr. 18/81 ist die wirksame politisch-operative Sicherung der durch die Bezirksleitungen in die personelle und materielle Sicherstellung der festgelegten Maßnahmen einbezogenen Personen und Objekte zu gewährleisten.

441 - 3 -

VVS, MfS 0008-79/81

BSU
000004

Im engen Zusammenwirken mit den Bezirks- und Kreisleitungen ist insbesondere Einfluß auf die Auswahl der mit der Durchführung der Transporte in die VR Polen zu beauftragenden Personen zu nehmen. Es ist zu sichern, daß nur zuverlässige und bewährte Personen, die in der Lage sind, auch eventuell komplizierte Situationen zu meistern, damit beauftragt werden.

Dieses Schreiben ist meinem Befehl Nr. 18/81 beizufügen.

Stielky
Armeegeneral

BStU, MfS, ZKG 1785

BSU

000002

462

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

Berlin, 14. 12. 1981

Vertrauliche Verfallsache

VVS-6008

MfS-Nr. 13/81

163.Ausf. Bl. 1 bis 5

B e f e h l Nr. 18/81

Am 13. 12. 1981 leitete die Partei- und Staatsführung der VR Polen entschiedene Maßnahmen gegen die Konterrevolution ein. Angesichts der immer gefährlicher gewordenen Angriffe der feindlichen Kräfte gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, besonders ihrer verstärkten Bestrebungen zur Übernahme der politischen und ökonomischen Macht, wurde der Ausnahmezustand ausgerufen.

Die außerordentlich ernste Situation in der VR Polen erfordert verstärkte Anstrengungen aller Diensteinheiten des MfS zur zuverlässigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit sowie höchste Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft aller Angehörigen des MfS.

Die politisch-operative Arbeit ist auf die vorbeugende Verhinderung und konsequente Bekämpfung jeglicher feindlich-negativer Handlungen und die Gewährleistung einer hohen politischen Stabilität, Sicherheit und Ordnung in allen Verantwortungsbereichen auszurichten.

Zur Realisierung dieser Zielstellung

b e f e h l e i c h :

Leiter aller Diensteinheiten haben zu sichern, daß jederzeit unter allen Lagebedingungen eine hohe Kampf- und Einsatzbereitschaft ihrer Diensteinheiten gewährleistet ist und kurzfristig die volle Arbeitsbereitschaft hergestellt werden kann.

BSIU

000003

463

2

Die im Rahmen der Aktion "Dialog" gebildeten Operativen Einsatzstäbe (OES) sind entsprechend den konkreten Erfordernissen zur Realisierung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellung dieses Befehls umzubilden und haben die Sicherstellung der Leitung der durchzuführenden Maßnahmen zu gewährleisten. Die Erreichbarkeit der Leiter und Stellvertreter der OES ist dem ZOS zu melden. Die ununterbrochene Anwesenheit eines verantwortlichen Leiters in den Dienstseinheiten ist zu gewährleisten.

Alle politisch-operativen Maßnahmen sind unter der Bezeichnung

"Besinnung"

durchzuführen.

2. Die Leiter aller Dienstseinheiten haben auf der Grundlage

der ständigen Verfolgung der Entwicklung der Lage in der VR Polen und

der gründlichen Analyse der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen, insbesondere der sich aus der Lageentwicklung in der VR Polen ergebenden Auswirkungen,

weitgehend selbständig ein wirksames politisch-operatives Reagieren auf Lageveränderungen zu gewährleisten.

Sie haben entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortung in Weiterführung der dazu bisher erfolgten Aufgabenstellungen und Orientierungen die sich aus der Entwicklung der Lage in der VR Polen für ihre Dienstseinheiten ergebenden konkreten Aufgaben und Maßnahmen festzulegen und durchzusetzen.

3. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortung alle Möglichkeiten zur Aufklärung der im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen stehenden Pläne, Absichten und Maßnahmen

der Regierungen der imperialistischen Staaten, der NATO und der EG-Gremien,

der imperialistischen Geheimdienste, der Zentren der politisch-ideologischen Diversion und anderer feindlicher Zentren, Institutionen, Organisationen, Gruppen und Kräfte in den imperialistischen u. a. politisch-operativ interessierenden Staaten,

der konterrevolutionären Organisationen, Einrichtungen, Gruppen und Kräfte sowie anderer antisozialistischer Kräfte in der VR Polen,

der feindlich-negativen Kräfte im Innern der DDR

zu nutzen.

In enger Zusammenarbeit der zuständigen Dienstseinheiten sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Realisierung dieser Pläne, Absichten und Maßnahmen einzuleiten.

4. Das Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR ist vorbeugend zu verhindern bzw. mit aller Konsequenz zu unterbinden.

Es sind unverzüglich wirksame Maßnahmen zur verstärkten operativen Bearbeitung bzw. Kontrolle erkannter feindlich-negativer Kräfte, insbesondere der in Operativen Vorgängen bearbeiteten und unter OPK stehenden Personen, durchzuführen. Die Festlegung der konkreten Maßnahmen hat personenbezogen, ausgehend von den jeweils vorliegenden Verdachtshinweisen bzw. operativ bedeutsamen Anhaltspunkten unter Berücksichtigung der Lageentwicklung, zu erfolgen.

Ausgehend von den bereits erteilten Weisungen und in dienstlichen Bestimmungen vorgegebenen Personenkategorien sowie unter Nutzung vorhandener Übersichten sind zur Verhinderung ihres Wirksamwerdens

BSIU

000005

4 465

zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen zu allen Personen durchzuführen, von denen zu erwarten ist, daß sie im Zusammenhang mit der zugespitzten politischen Lage mit feindlich-negativen Aktivitäten in Erscheinung treten können.

Dabei sind Träger konterrevolutionärer, revisionistischer und reformistischer Auffassungen, Personen mit Kontakten und Verbindungen zu antisozialistischen Kräften in der VR Polen und anderen sozialistischen Staaten besonders zu beachten.

5. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben die verstärkt politisch-operative Sicherung der sich in ihren Verantwortungsbereichen aufhaltenden Bürger der VR Polen zu gewährleisten.

Die Leiter der objektmäßig zuständigen Dienstseinheiten haben unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur exakten Einschätzung der politisch-operativen Lage unter den in Kombinat und Betrieben der DDR beschäftigten polnischen Werkträgern einzuleiten. Zur Feststellung der Reaktion der polnischen Werkträgern sind wirksame politisch-operative Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Polnische Werkträger, die unbegründet der Arbeit fernbleiben, sind namentlich festzuhalten. Im engen politisch-operativen Zusammenwirken mit den zuständigen Partei- und Wirtschaftsfunktionären sind Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung durchzusetzen und alle Möglichkeiten zur offensiven politischen Einflußnahme auf die polnischen Werkträgern zu nutzen. Die Maßnahmen der Verbindungsoffiziere der Sicherheitsorgane der VR Polen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung unter den polnischen Werkträgern sowie die Einleitung von Maßnahmen gegen provokatorisch auftretende u. a. feindlich-negative Kräfte sind in geeigneter Weise zu unterstützen.

Verstärkte politisch-operative Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sind vor allem zu solchen Bürgern der VR Polen einzuleiten, die sich mit antisozialistischen Kräften in der VR Polen solidarisieren bzw. mit diesen sympathisieren oder die operativ bedeutsame Kontakte zu Bürgern der DDR unterhalten.

Gegen die Maßnahmen der polnischen Partei- und Staatsführung gerichtete Aktivitäten dieser Personen sind politisch klug zu unterbinden.

6. Feindlich-negative Handlungen, wie die Verbreitung von Hetzblättern, das Anschmieren von Hetzlosungen, Sympathiebekundungen für antisozialistische Kräfte in der VR Polen, Hetze gegen die Maßnahmen der polnischen Sicherheitsorgane, sind durch den unverzüglichen Einsatz aller erforderlichen Kräfte und Mittel kurzfristig aufzuklären, die Täter zu überführen und die beabsichtigte Massenwirksamkeit zu verhindern.

Gefährdete Räume, Objekte u. a. neuralgische Punkte sind vorbeugend zu sichern, um öffentlichkeitswirksame feindlich-negative Handlungen vorbeugend zu verhindern bzw. sofort unterbinden zu können.

Unter Beachtung der Entwicklung der politisch-operativen Lage sind die erforderlichen Maßnahmen zur stabilen Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in allen Territorien sowie Objekten und Einrichtungen aller gesellschaftlichen Bereiche einzuleiten.

7. Die zuständigen Dienstseinheiten haben die staatliche Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen und im Grenzgebiet zuverlässig zu gewährleisten. Unter Beachtung zentraler Festlegungen zur verstärkten militärischen Grenzsicherung ist die abwehrmäßige Sicherung der dazu eingesetzten Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane umfassend zu garantieren. Jegliche Erscheinungen, die die Einsatz- und Gefechtsbereitschaft beeinträchtigen können, Befehlsverweigerungen und andere feindlich-negative Verhaltensweisen und Handlungen sowie Erscheinungen politischer Labilität unter diesen Kräften sind rechtzeitig aufzuklären und konsequent zu verhindern, einschließlich durch erforderliche personelle Veränderungen.

Die zuständigen territorialen Diensteinheiten haben in enger Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen operativen Diensteinheiten sowie im politisch-operativen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen und den gesellschaftlichen Kräften kurzfristig Voraussetzungen für ein komplexes, aufeinander abgestimmtes Wirksamwerden aller beteiligten Kräfte zur zuverlässigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und Ordnung in den Grenzkreisen zur VR Polen zu schaffen. Das politisch-operative Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen hat auf der Grundlage von Plänen des Zusammenwirkens zu erfolgen.

Jegliche Angriffe gegen die Staatsgrenze zur VR Polen, einschließlich aller Versuche, die Staatsgrenze widerrechtlich zu passieren, sind vorbeugend zu verhindern. Bei der Filtrierung widerrechtlich ins Gebiet der DDR eingedrungener Personen ist eng mit den zuständigen operativen Diensteinheiten zusammenzuarbeiten.

8. Die verstärkte politisch-operative Sicherung des grenzüberschreitenden Reise- und Transitverkehrs zwischen der DDR und der VR Polen ist darauf auszurichten,

jeden Mißbrauch des Territoriums bzw. von Bürgern der DDR durch äußere und innere Feinde der VR Polen für deren antisozialistische Tätigkeit, die Aufrechterhaltung ihres Verbindungssystems oder Personenschleusungen aus bzw. nach der VR Polen zu verhindern,

jeden Versuch, Waffen, Munition, Sprengmittel, Hetzmaterialien, finanzielle Mittel-sowie Ausrüstungen und Gegenstände zur Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte unter Mißbrauch des Territoriums der DDR in die VR Polen einzuschleusen, konsequent zu unterbinden,

jeden Versuch, Hetzmaterialien, antisozialistische Presseerzeugnisse u. a. Materialien und Gegenstände mit antisozialistischem Charakter aus der VR Polen in die DDR einzuschleusen, rechtzeitig zu erkennen und zu vereiteln.

BStU 000008

468

Es ist zu sichern, daß

- zu Personen, die mit antisozialistischen Kräften aus der VR Polen, der DDR und anderen sozialistischen Staaten sowie mit feindlichen Zentren und Kräften in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in Verbindung stehen bzw. zu denen entsprechende begründete Hinweise vorliegen,

- zu Bürgern der DDR, die sich mit konterrevolutionären Kräften solidarisierten oder zu denen Hinweise auf andere feindlich-negative Aktivitäten vorliegen,

die erforderlichen Fahndungsmaßnahmen, insbesondere zur Realisierung von Reisesperren und politisch-operativen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Bei der Organisation und Durchführung aller erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der DDR und der VR Polen ist zu beachten, daß nach bisherigen Informationen folgende Festlegungen der zuständigen zentralen polnischen Staatsorgane getroffen wurden:

- Der Privatreiseverkehr für polnische Bürger ist nicht möglich.
- An der Grenze werden grundsätzlich keine Visa erteilt, außer bei
 - . Rückreise von Bürgern, die die Aufenthaltsdauer überzogen haben und
 - . bei Hilfssendungen mit Lebensmitteln.
- Die Grenzpassage ist gestattet
 - . bei Kraftfahrern aller Staaten mit Lkw aus dienstlichen Gründen,
 - . bei Hilfssendungen für die VR Polen,

- . für Bürger der VR Polen, die in der DDR arbeiten und im Besitz der dafür notwendigen Dokumente sind. Das gilt nicht mehr für Familienangehörige dieser Bürger.
- . bei Ausreise aus der VR Polen von Bürgern nichtsozialistischer Staaten und der VR Polen, die im Ausland wohnhaft sind,
- . für Bürger der VR Polen mit Dienstaß, wenn sie im Besitz einer Ausnahmegenehmigung zur Ausreise aus der VR Polen sind,
- . bei Einreise von Bürgern der VR Polen mit ständigem Wohnsitz im Ausland mit Ausnahmegenehmigung,
- . bei Einreise in die VR Polen von allen Bürgern mit ständigem Wohnsitz in der VR Polen,
- . für alle Diplomaten, die in der VR Polen akkreditiert sind,
- . für alle Bürger nichtsozialistischer Staaten mit Dienstvisa,
- . für Bürger sozialistischer Länder, die gültige Dokumente vorweisen,
- . für Bürger nichtsozialistischer Staaten, die im Transit reisen und im Besitz der erforderlichen Visa sind.

9. Die politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von und nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist insbesondere auszurichten auf

die Verhinderung des Mißbrauchs des Territoriums der DDR zur Einschleusung von Waffen, Munition, Sprengmitteln, Hetz- u. a. antisozialistischen Schriften, finanziellen Mitteln sowie Ausrüstungen und Gegenständen zur Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte in die VR Polen,

die Erarbeitung von Hinweisen auf das Verbindungssystem antisozialistischer Kräfte, insbesondere auf Verbindungen und Kontakte zu Personen und Einrichtungen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie auf feindlich-negative Handlungen.

10. Mit dem Ziel der Unterbindung des Mißbrauchs ihrer Arbeitsmöglichkeiten sind die Aktivitäten der in der DDR akkreditierten Korrespondenten aus nichtsozialistischen u. a. politisch-operativ interessierenden Staaten und Westberlin verstärkt zu kontrollieren. Kontaktaufnahmen zu Bürgern der VR Polen sind zu verhindern bzw. politisch-operativ aufzuklären.

11. Zur Einbeziehung aller geeigneten Kräfte bei der Gewährleistung einer hohen Sicherheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Abstimmung aller dazu erforderlichen Maßnahmen ist mit den jeweils zuständigen Parteiorganen, den Schutz- und Sicherheitsorganen sowie mit den anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben, Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und Kräften entsprechend den Erfordernissen der Lageentwicklung ein enges operatives Zusammenwirken zu organisieren.

Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED wurden darauf orientiert, die Arbeitsbereitschaft herzustellen und das Parteiaktiv zu erhöhter Wachsamkeit zu mobilisieren.

12. Die Leiter der Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß alle Informationen über operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen - auch wenn diese nicht unmittelbar mit der Entwicklung der Lage in der VR Polen im Zusammenhang stehen - unverzüglich den Leitern der zuständigen Dienstseinheiten und darüber hinaus dem ZOS entsprechende Sofort- und Ergänzungsmeldungen übermittelt werden.

BSIU

000011

10

471

Unabhängig davon sind besonders bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen mir unverzüglich direkt zu melden.

~~Ober die Reaktion der Bevölkerung der DDR und der sich in der DDR aufhaltenden Bürger der VR Polen ist bis auf Widerruf täglich an die ZAIG zu berichten.~~

Milky
Armeegeneral

Vereinbarung

HA XX Ministerium für Staatssicherheit DDR

und

Departement III des MDI VR Polen

10.06.1983 (Entwurf)

BStU, MfS, HA XX/AKG, 5901

VK/4770/83

BSU
000001

Abteilung X
Leiter

Berlin, den 10. 6. 1983
XI/4088 /83 - Re

Persönlich

Hauptabteilung XX
Leiter

Gen. Damm

Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der VR Polen

Als Anlage wird der von den Sicherheitsorganen der VR Polen übergebene Entwurf der Arbeitsvereinbarung über das Zusammenwirken des Departements III des MdI der VR Polen mit der Hauptabteilung XX des MfS der DDR mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme beigelegt.

A

Anlage
21 Blatt

Damm
Damm
Generalmajor

HA XX/AKG 5907

BSU			
Datum	Terminsteller	Absender	Termin
14.6.83	Kienberg	Abt. X	000002
Verantwortlich	Betreff	Bearbeiter	Terminverlängerung
	VK/4770/83	AKG	
Selbständige Erledigung Erledigung und Vollzugsmeldung Stellungnahme (mündlich) Stellungnahme (schriftlich) Rücksprache Vorlage Antwortentwurf Vorlage Antwortschreiben Vorlage Entwurf Schreiben Vorlage Schreiben Vorlage Entwurf Weisung Vorlage Ausarbeitung Vorlage Vorschlag Mündl. Bericht in Dienstbesprechung Schriftl. Vorlage für Dienstbesprechung		Inhalt Zusammenarbeit SO VRP Prüfung und Stellungnahme zum Entwurf der Arbeitsvereinbarung des Departements III des MdI der VR P und HA XX des MfS	
Mahnung			
Erledigung			

BStU
000004

Übersetzung aus dem Polnischen

STRENG GEHEIM!

ENTWURF

Bestätigt:

Bestätigt:

.....
Czeslaw Kiszczak
Divisionsgeneral
Minister des Innern der
Volksrepublik Polen

.....
Erich Mielke
Armeegeneral
Minister für Staatssicherheit der
Deutschen Demokratischen Republik

Datum

Datum

P R O T O K O L L

über die Zusammenarbeit zwischen dem III. Departement des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Polen und der Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik

In Übereinstimmung mit der "Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Polen und dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik" vom 16. Mai 1974 vereinbarten die Leiter des III. Departements des Ministeriums des Innern der VR Polen (nachfolgend als III. Departement des MdI der VR Polen bezeichnet) und der Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik (nachfolgend als HA XX des MfS der DDR bezeichnet) folgende Bereiche für die Zusammenarbeit in den Jahren 1983 - 1988:

1. Gegenstand der Zusammenarbeit:

- 1.1. Bekämpfung der gegen die VR Polen, die DDR und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft gerichteten ideologischen Diversion;

- 1.2. Verhinderung und Bekämpfung der feindlichen Tätigkeit auf den Gebieten von Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, Sport und Tourismus;
- 1.3. Aufklärung und Bekämpfung illegaler politischer Organisationen, des Terrorismus und feindlicher Propaganda;
- 1.4. Aufklärung und Entlarvung trotzkistischer und sozialdemokratischer Tätigkeit sowie deren Neutralisierung in den abzusichernden Bereichen;
- 1.5. Aufklärung von Verbindungskanälen und Kanälen zur Einschleusung antikommunistischer Literatur sowie deren Liquidierung;
- 1.6. Operative Absicherung von in der VR Polen und der DDR organisierten internationalen Veranstaltungen, an denen Delegierte aus kapitalistischen Staaten teilnehmen, operative Absicherung von in kapitalistischen Staaten organisierten Veranstaltungen, an denen Spezialisten aus der VR Polen und der DDR teilnehmen;
- 1.7. Nutzung operativer Mittel und Möglichkeiten beider Seiten zur Bekämpfung internationaler antisozialistischer Ideen, die von feindlichen Elementen von den Territorien der VR Polen und der DDR aus propagiert werden.

2. Formen der Zusammenarbeit:

- 2.1. Austausch von analytischen, operativen und Signalinformationen;
- 2.2. Organisation gemeinsamer operativer Maßnahmen und Realisierung von Aufgaben;
- 2.3. Austausch operativer, prophylaktischer und organisatorischer Erfahrungen;
- 2.4. Periodische Leitertreffen entsprechend den bestätigten Jahresplänen über die Kontakte zwischen den beiden Ministerien;

- 2.5. Delegation operativer Mitarbeiter zur Realisierung von Aufgaben in sich entsprechend den operativen Erfordernissen ergebenden ausserordentlichen Situationen. Dies geschieht mit dem Einverständnis der Leitungen beider Ministerien.
- 2.6. Sollten sich operative Absprachen im Hinblick auf Maßnahmen in den abzusichernden Bereichen erforderlich machen, werden mit dem Einverständnis der Leitungen beider Ministerien Arbeitstreffen gleichgestellter Leiter beider Dienstseinheiten zur Abstimmung der operativen Maßnahmepläne im Grenzbereich organisiert.

3. Prinzipien der Zusammenarbeit:

- 3.1. Beide Seiten unterbreiten Initiativen hinsichtlich der Organisation operativer Maßnahmen.
- 3.2. Beide Seiten arbeiten bei der Absicherung internationaler Veranstaltungen zusammen und informieren sich gegenseitig.
- 3.3. Die sich aus der Realisierung der Aufgaben ergebenden Kontakte erfolgen in Übereinstimmung mit der "Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem MdI der VR Polen und dem MfS der DDR" vom 16. Mai 1974 und entsprechend den Erfordernissen beider Seiten.

Der Informationsaustausch und die gegenseitigen Kontakte erfolgen über die mit der Organisation der internationalen Zusammenarbeit beauftragten Dienstseinheiten beider Ministerien.

4. Schlußbestimmungen:

- 4.1. Das Protokoll kann in Abhängigkeit von der Entwicklung der operativen Situation mit dem Einverständnis der Minister beider Seiten durch weitere Zusatzdokumente ergänzt werden, die Anlagen zu diesem Protokoll bilden.
- 4.2. Das Protokoll ist mit der Bestätigung durch den Minister des Innern der Volksrepublik Polen und den Minister für Staatssicher-

heit der Deutschen Demokratischen Republik rechtskräftig und bis zum 31. Dezember 1988 gültig.

4.3. Das Protokoll wurde in zwei gleich lautenden Exemplaren ausgefertigt, jeweils in polnischer und deutscher Sprache, wobei beide Exemplare den Wert eines Originals besitzen.

.....
Paul Kienberg
Generalmajor
Leiter der Hauptabteilung XX des
Ministeriums für Staatssicherheit der
Deutschen Demokratischen Republik

.....
Mag. Henryk Dankowski
Oberst
Direktor des III. Departements des
Ministeriums des Innern der
Volksrepublik Polen

Warschau, den